

Rat beschließt Städtepartnerschaft mit Luzhou

Breite Mehrheit für Verbindung mit chinesischer Millionenstadt. Grüne und mehrere kleine Parteien lehnten Verbindung ab, Linke enthielten sich. Unterschrift vielleicht schon nächste Woche

Luzhou in China wird Hernes achte Partnerstadt. Das beschloss der Rat am Dienstag nach gut anderthalbstündiger Debatte mit großer Mehrheit. Die Verbindung ist zunächst auf fünf Jahre beschränkt. Sobald Stadt, Provinz und Staat in China grünes Licht gegeben haben, soll die Partnerschaftsurkunde unterschrieben werden – womöglich schon am Freitag kommender Woche bei einem Besuch einer chinesischen Delegation in Herne.

Eingangs der Diskussion über die Städtepartnerschaft warb Oberbürgermeister Frank Dudda noch einmal eindringlich für eine Verbindung mit Luzhou, einer Metropole mit fünf Millionen Einwohnern in der Provinz Sichuan. Exotisch sei eine solche Freundschaft längst nicht mehr. 120 Kommunen in Deutschland hätten bereits Partnerstädte in China, und etwa Duisburg habe mit mittlerweile zwei chinesischen Partnerstädten vorgemacht, wie sehr Kommunen von einer solchen Freundschaft vor allem wirtschaftlich profitieren könnten. In einer Welt ohne Grenzen, so Dudda, müsse nun auch Herne als Mittelpunkt im Ruhrgebiet in China präsent sein. „Eine strukturschwache Stadt wie Herne“, so Dudda, „braucht solche Impulse.“

Fragen der Menschenrechte, so der OB, sollen bei der Städte-Ehe nicht ausgeklammert werden. Bereits beim Besuch einer städtischen Delegation in China Ende März hätten die Herner eine „offene Debatte über eine offene Gesellschaft“ führen können. „Da wurde nichts totgeschwiegen“, betonte der OB.

Auch die SPD/CDU-Mehrheit sprach sich für Luzhou aus. Für Herne und für die Region sei das „der richtige Weg“, sagte SPD-Fraktionschef Udo Sobieski. CDU-Fraktionschefin Bettina Szelag hofft, dass eine Städte-Ehe ein „Türöffner“ für Investitionen vor Ort ist. Durch Projekte, etwa zwischen Unternehmen, könne Herne direkt profitieren. Nachteile einer Verbindung seien dagegen „nicht erkennbar“. Ja sagten auch Piraten und FDP.

Grüne, Alternative Liste, Unabhängige Bürger und AfD übten Kritik und sagten Nein. Die Grünen etwa lehnen die Städte-Ehe mit Verweis auf die fehlenden Menschenrechte ab. Auch die Umstände, dass die Stadt das Hissen der Tibet-Flagge am Herner Rathaus am Tibettag erstmals nicht kommuniziert und die WAZ nicht mal ein Touristenvisum für die Begleitung der städtischen Delegation nach China erhalten habe, habe diesen Beschluss beeinflusst, sagte Grünen-Fraktionschef Thomas Reinke.

Beschlussentwurf geändert

Veronika Buszeweski (Linke) sparte auch nicht mit Kritik. Sie kritisierte unter anderem, dass im Vertragsentwurf am Tag vor der Sitzung „holterdiepolter“ der Satz gestrichen worden sei, „dass bei den Beziehungen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts übergeordnet sind“. Eine „Nicht-Ablehnung“ sei den Linken deshalb sehr schwer gemacht worden. Am Ende enthielt sich die Fraktion.

Kommentare:

Pro

Luzhou hat Herne die Hand gereicht – offen, herzlich und mit der Absicht zur konstruktiven Zusammenarbeit. Diese Hand darf man nicht zurückweisen. Eine Städtepartnerschaft macht Sinn: Die Millionenmetropole kann Herne manchen Schub geben, etwa in den Bereichen Wirtschaft, Technologie und Gesundheit. Davon kann die Stadt nur profitieren. Dass China aber auch kein leichter Partner ist, versteht sich von selbst. Demokratie, Menschenrechte, Pressefreiheit – all das wird in China mit Füßen getreten. Dass die Städte-Ehe zunächst nur fünf Jahren dauert, ist deshalb gut. Herne kann prüfen, ob eine Freundschaft unter den gegebenen Voraussetzungen überhaupt funktioniert. Eines ist wichtig: Eine Partnerschaft um jeden Preis darf es nicht geben. [M.M.]

Contra

Die Atom-Diktatur Nordkorea liegt auf der Rangliste für Pressefreiheit nur vier Plätze hinter China. Das Land, mit dem die Stadt Herne so gerne in Partnerschaft treten möchte, inhaftiert Regime-Gegner, schlägt die tibetische Minderheit nieder und zensiert das Internet. Zur Erinnerung: Die offiziellen Kontakte zur französischen Partnerstadt Hénin-Beaumont hat Oberbürgermeister Frank Dudda nach politischem Rechtsruck gekappt. Dabei ist der Front-National-Bürgermeister immerhin demokratisch gewählt. Allein das ist im Ein-Parteien-Staat China undenkbar. Menschenrechtsverletzungen, Zensur und Repressionen gegen Andersdenkende: Die Stadt Herne muss sich vorwerfen lassen, diese Verhältnisse stillschweigend zu akzeptieren. Daran ändert eine „Probezeit“ nichts. [karo poll]